

NGO-Bündnis „Völkermord verjährt nicht!“ übergab am 27.3.2015 in Berlin eine Petition der Herero an das Auswärtiges Amt der Bundesrepublik

Am 27.03.2015 übergaben Vertreter des NGO-Bündnisses „Völkermord verjährt nicht!“ die von Hereros initiierte *Hereros & Namas' Genocide Reparation from Germany Petition* an das Auswärtige Amt in Berlin. Die Aufforderung zu Reparationsverhandlungen für den 1904-08 von Deutschland begangenen Völkermord wurde durch den Regionalbeauftragten für Subsahara-Afrika und Sahel im Auswärtigen Amt, Herrn Botschafter Georg Schmidt entgegengenommen, der auch zu einem Gespräch bereit war. Eine fotografische Dokumentation der Übergabe wurde durch das Pressereferat des Auswärtigen Amtes allerdings untersagt.

Im Rahmen des Austauschs mit den Bündnis-Organisationen betonten die Vertreter des Auswärtigen Amtes die besondere Bedeutung, welche die Bundesregierung Namibia und insbesondere dem durch die Petition angesprochenen Thema beimessen würde. Ausdruck dieser hohen Priorität wären beispielsweise die mehrfachen Reisen des Regionalbeauftragten Georg Schmidt, der gerade erst in Begleitung des Bundespräsidenten a.D. Horst Köhler anlässlich der Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag Unabhängigkeit in Namibia weilte.

Die Bundesregierung wäre, so die Vertreter des Auswärtigen Amtes, grundsätzlich bereit zur Auseinandersetzung mit der Kolonialvergangenheit und zum Dialog über „den Kolonialkrieg“ von 1904-08. Dass diese Gespräche bislang noch nicht geführt würden, läge in erster Linie daran, dass die namibische Seite noch nicht bestimmt hätte, wer Deutschlands Verhandlungspartner sein soll.

Die Vertreter der Bündnisorganisationen bezogen sich in ihren Ausführungen zum Genozid auf den vom jetzigen Bundesaußenminister Frank Walter Steinmeier (SPD) am 20.03.2012 als Oppositionsführer in den Bundestag eingebrachten Antrag „Die Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia stärken und Deutschlands historischer Verantwortung gerecht werden“ (Drucksache 17/9033, online unter: http://genocide-namibia.net/wp-content/uploads/2015/01/1709033-neu_Antrag.pdf) Sie erkundigten sich nach der Umsetzung der in diesem Antrag von der Bundesregierung geforderten Maßnahmen nach der Übernahme des Außenministeriums durch die SPD in 2013.

Die Ausführungen der Vertreter des Auswärtigen Amtes vermittelten den Eindruck, dass es in kaum einem der 2012 angesprochenen Bereiche konkrete Fortschritte oder auch nur erwähnenswerte Aktivitäten der jetzigen Bundesregierung gegeben hätte. So hat sich der Bundestag bislang nicht entschließen können, dem Wunsch der namibischen Seite nach der Einrichtung einer deutsch-namibischen Parlamentariergruppe nachzukommen. Auch hat es offenbar bislang keine Anstrengungen zur Gründung einer Bundesstiftung zur Aufarbeitung der deutschen Kolonialvergangenheit und keine Empfehlungen zur prominenten Behandlung des Themas in deutschen Schulen gegeben. Vor allem aber wurde deutlich, dass die Kernforderung der SPD-Fraktion von 2012 - die Übernahme der politischen und moralischen Verantwortung für den Genozid von 1904-08 durch die Bundesregierung und den Bundestag — nicht als Teil der Agenda des SPD-geführten Außenministeriums betrachtet wird.

Einzig zum Thema *human remains* konnten die Vertreter des Auswärtigen Amtes auf Aktivitäten verweisen. So hätte das Amt ein Rundschreiben des Deutschen Museumsbundes mit initiiert, in dem die Mitgliedsinstitutionen erfolgreich zur Suche nach menschlichen Gebeinen aus Namibia in ihren Sammlungen angehalten wurden, worauf es eine ganze

Reihe von positiven Rückmeldungen gegeben hätte. Das Auswärtige Amt ließ jedoch völlig offen, ob die Bundesregierung hierzu nun auch die nötige Forschergruppe zur eindeutigen Identifizierung der Gebeine beauftragen und wie mit den geraubten menschlichen Überresten aus Namibia und anderen afrikanischen Ländern weiter verfahren werden soll.

Alles in allem hinterließ das Gespräch bei den Vertretern des Bündnisses „Völkermord verjährt nicht!“ die Gewissheit, dass Initiativen, die über eine gewisse Dialogbereitschaft hinausgehen und zur offiziellen Anerkennung und Wiedergutmachung des Völkermords beitragen könnten, von der jetzigen Bundesregierung nicht zu erwarten sind.

Christian Kopp | 30.03.2015